U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

21. Jahrgang. No. 33 | Münster, Sask., Donnerstag den 25. September 1924 | Fortlaufende No. 1073

Welt-Rundschau.

Ist die Tagung des Völkerbundes in Genf die Morgenröte für den aufgehenden Weltfrieden?

Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung, das sind die Schlagworte, unter denen die Tagung des Völkerbundes zu Genf der bis zum Tode kranken Welt den Frieden wiedergeben will. MacDonald von England bestand auf Schiedsgericht und Abrüstung, ihm war es eine ausgemachte Sache, daß Sicherheit von selbst einer gerechten Anwendung des Schiedsgerichtes und einer tatsächlichen Abrüstung folgen werde. Damit war aber Herriot, sein französischer Amtsgenosse, nicht einverstanden. Auch dieser erklärte sich mit dem Schiedsgerichte einverstanden, doch forderte er als kräftige Unterlage dafür die Sicherheit, die sich die Mitglieder des Völkerbundes gegenseitig garantieren müßten. Da Italien und Belgien mit Herriot übereinstimmen, so wird dieser jedenfalls den Tag gewinnen. Das Losungswort des Völkerbundes wird also sein: 1. Sicherheit, die mit der ganzen Macht des Völkerbundes gestützt werden muß; 2. Schiedsgericht, das zwar als allwichtig hingestellt wird, um MacDonald und die nach Frieden lechzende Welt zu befriedigen, in Wirklichkeit aber als etwas ganz Nebensächliches behandelt werden wird; 3. Abrüstung — wenn einmal Weihnachten und Ostern auf dasselbe Datum fallen.

Die schönste Rede hat in den Sitzungen bisher Herriot gehalten, er hat die Delegaten förmlich mit sich fortgerissen. Er steht an Rednertalent seinem Vorgänger im Amte keineswegs nach und unterscheidet sich von ihm, der nur Haß zu säen verstand, in günstigster Weise durch seine versöhnlichen Manieren. Ob Herriot es wirklich beabsichtigte oder nicht, er wollte sich wenigstens den Anschein geben, als ob er einzig und allein den Frieden der Welt fördern wollte. Soweit seine Worte allein in Betracht kommen, will er ihn auch auf dem rechten Fundamente, nämlich auf Gerechtigkeit, aufbauen, weshalb er für seinen Vorschlag das Wort Pascals als Motto erwählte: „Gerechtigkeit ohne Macht ist kraftlos, Macht ohne Gerechtigkeit ist Tyrannei.“ Der Schluß der Rede ist geradezu poetisch und fließt über von den ergabersten Freundschaftsgefühlen. „Wenn der Tempel des Friedens sich zum Himmel erheben soll“, sagte er, „dann muß die Grundlage fest sein. Frankreich bietet euch alles, was es hat, sein Herz, seinen Verstand und die Erfahrung von Jahrhunderten. Wir wünschen Frieden mit Ehren und wir denken nicht an Frankreich allein. Frankreich, unschuldig angegriffen in der Vergangenheit, verwundet und noch leidend von dem kürzlichen Kriege, reicht seine schwesterliche Hand allen Ländern. Frankreich hofft, daß wir aus den Ruinen des verflossenen Krieges die Blüte der göttlichen Friedensblume ersprießen sehen.“

Herriots Fundament also, auf dem der Friedenspalast errichtet werden soll, ist Gerechtigkeit. Aber was ist ihm Gerechtigkeit? Das erklärte er am Anfange seiner Rede, indem er sagte, Frankreich werde dem Buchstaben und dem Geiste nach die Statuten des Völkerbundes befolgen, welche einen Teil des Versailler Vertrages bilden. Also ist Versailles für ihn die Norm der Gerechtigkeit. Man braucht wahrhaftig einen Glauben, der größer ist als jener, der Berge versetzen kann, um zu glauben, daß es dem französischen Premier mit seinem Wunsche nach Frieden Ernst sei. Er ist genau von dem nämlichen Geiste beseelt wie seinerzeit Poincare, der Unterschied besteht einzig in der Art und Weise, wie die beiden auf dasselbe Ziel lossteuern. Poincares Politik war, Deutschland durch brutale Grausamkeit zu Tode zu quälen und ihm den Todeskampf möglichst qualvoll zu machen. Daran hatte schließlich die Welt, die ihm anfangs Beifall geklatscht hatte, keinen Gefallen mehr; sie will Abwechslung haben. Deshalb will Herriot die Methode ändern, ohne das von Poincare, Clemenceau und Konsorten gesteckte Ziel aus dem Auge zu verlieren. Deutschland muß vernichtet werden, aber statt mit Marterwerkzeugen soll es mit Lachgas in die Region der Vergessenheit befördert werden.

Das erklärt, warum Herriot bei der Nachricht, Deutschland wolle die Anschuldigung auf die alleinige Kriegsschuld von sich weisen, so aufgeregt wurde und die Befürchtung aussprach, es würde durch ein solches Vorgehen den ganzen schönen Friedensplan zerstören. Bildet doch die Kriegsschuld Deutschlands die Grundlage für all die himmelschreienden Ungerechtigkeiten von Versailles, und Versailles bildet die Grundlage für den Völkerbund und den Friedensplan, wie er dem Geiste Herriots vorschwebt. Hätte Deutschland vorschnell die Kriegsschuld widerrufen, so wäre in Herriots Rede kein Platz mehr gewesen für die rührende Phrase: „Frankreich, unschuldig angegriffen in der Vergangenheit, verwundet und noch leidend von dem kürzlichen Kriege.“ Ein Mann in der Stellung Herriots, der als tätiger Politiker die Kriegszeit und Vorkriegszeit mitgemacht hat, weiß die Wahrheit über die Kriegsschuld fast ebenso gut wie Poincare — obgleich dieser als der Hauptanstifter des Krieges sie noch besser kennen sollte. Seine Worte sind also nichts als eitel Heuchelei. Wenn er, der ungläubige Freimaurer, vom Friedenstempel redet, der sich zum Himmel erheben soll, oder von der Blüte der göttlichen Friedensblume, so ist das Mißbrauch heiliger Worte, es klingt wie Blasphemie.

Daß Herriot und Frankreich Sicherheit als das Einzige und zum Weltfrieden unumgänglich Notwendige verlangen, ist leicht begreiflich. Friede bedeutet für sie die Sicherstellung des Raubes, den ihnen Versailles in den Schoß gelegt hat. So widersinnig es klingt, daß das bis auf die Zähne bewaffnete Frankreich, das zudem Deutschland mit einem eisernen Zaun von ebenso bewaffneten Mächten umgeben hat, immer wieder nach Sicherheit gegen das entwaffnete und wehrlose Deutschland ruft, es ist das nicht alles Heuchelei. Frankreich lebt in wirklicher Angst vor Deutschland und das mit vollem Rechte. Trotzdem es selbst übermächtig und Deutschland ohnmächtig ist, sieht es die geisterhafte Handschrift an der Wand; sie lautet: „Unrecht schlägt seinen eigenen Herrn.“ Wenn Frankreich nicht selbst und aus eigenem Antriebe darangeht, das an Deutschland und an der ganzen Welt verbrochene Unrecht gutzumachen, so wird eben dieses Unrecht sein Verderben herbeiführen. Ob die göttliche Vorsehung das mißhandelte Deutschland zum Werkzeuge seiner Rache erwählen oder ein anderes dazu verwenden wird, bleibt sich ganz gleich, soweit das Endresultat in Betracht kommt. Mag es auch Frankreich vielleicht gelingen, Deutschland zu vernichten, — vielleicht liegt das im Plane der göttlichen Vorsehung als Strafe für Deutschlands Sünden, die es seit Jahrhunderten angehäuft hat — das wird nicht die Rettung Frankreichs bedeuten; es wird an seinen eigenen Sünden und an seiner eigenen Ungerechtigkeit zugrunde gehen. Dagegen wird es keine „Sicherheit“ geben, wenn auch Frankreich und seine Vasallen ihre Kriegsmacht auf das Zehnfache vermehren, wenn auch alle Alliierten ihm noch obendrein all ihre Macht zur Verfügung stellen.

Wie ist doch die Welt so blind, der einzelne Mensch sowohl als die Völker! Mag auch die menschliche Vernunft und und die allseitige Erfahrung, mag auch die Offenbarung Gottes eine Wahrheit noch so eindringlich predigen, der einzelne Mensch und das einzelne Volk wird sich einbilden, daß sein Fall eine Ausnahme bildet, und wird sich darüber hinwegsetzen. Welche Wahrheit z. B. ist einfacher als der Ausspruch des Herrn: „Niemand kann zwei Herren dienen“ (Matth. 6. 24), und doch sind unzählige Menschen nicht zufrieden, bis sie durch Nichtbefolgung dieser Wahrheit ihr Leben vergeudet und dadurch den Beweis dafür erbracht haben. Welche Wahrheit hinwiederum steht deutlicher nicht bloß in der göttlichen Offenbarung, sondern auch in unserer Vernunft und auf jeder Seite der Weltgeschichte geschrieben, als daß das Wohl eines Volkes auf Gerechtigkeit gegründet sein muß, wenn es Bestand haben soll? Aber auch die Völker rasten nicht, bis sie immer von neuem durch Nichtbeachtung dieser Wahrheit den sonnenklaren Beweis hierfür geliefert haben.

Das Verlangen nach Frieden ist ohne Zweifel zu dieser Zeit weit verbreitet in der Welt. Die Tagung von Genf legt selbst Zeugnis dafür ab. Wir möchten auch nicht bezweifeln, sogar im Falle Frankreichs, daß dieses Verlangen zum Teile aufrichtig ist. Aber diejenigen, in deren Hand die göttliche Vorsehung die Wiederherstellung des Friedens gelegt hat, wollen den Frieden ausschließlich auf Kosten anderer, sie selbst wollen ihm nicht die geringsten Opfer bringen. Werden sie sich je zur Erkenntnis durchringen, bevor es zu spät ist, daß nur die Wiederherstellung der wahren Gerechtigkeit zum Frieden führt? In Versailles wurde die Gerechtigkeit und der Friede gleichsam in einem unterirdischen Verlies eingekerkert, der „Vertrag“ von Versailles bildet die undurchdringliche Falltüre, die ein Wiedererstehen derselben unmöglich macht. Den Alliierten, die sich als Wächter an diesem Gefängnisse aufgestellt haben, wäre es eine Leichtigkeit, das Tor zu entfernen und dem Frieden und der Gerechtigkeit die Freiheit zu geben. Statt dessen aber begnügen sie sich damit, deren Lob zu singen, vor denen, die deren Antlitz zu schauen wünschen. Statt das Tor aus den Angeln zu heben, sitzen sie mit vollem Gewichte auf demselben und zerren daran, als ob es ihnen wahrhaft Ernst wäre, es zu heben und den Ausgang frei zu machen. Doch das ist eitler Schein und Betrug. Sie wissen wohl, daß niemand eine Falltüre heben kann, auf der er steht. Somit werden, wenn es auf die Alliierten ankommt, trotz all der schönen Reden eines MacDonald und eines Herriot und der Uebrigen, Gerechtigkeit und Friede eingekerkert bleiben. Die Gerechtigkeit wird zwar, wenn ihr die dazu Berufenen nicht von selbst die Freiheit verschaffen, zur gelegenen Zeit die Fesseln abwerfen; dann wird sie den Menschenkindern nicht als die liebliche Himmelstochter, sondern als strenge Richterin erscheinen. Dann wird auch der Friede nicht in ihrem Gefolge erscheinen, weiter als je wird dann der Friede vom Menschengeschlechte gewichen sein.

Am Eingange des Versammlungslokales zu Genf sollten die Worte des Propheten Jeremias (6. 14. und 8. 11.) angebracht werden: „Sie heilen den Schaden der Tochter meines Volkes mit Spott (zur Schmach), indem sie sprechen: Friede, Friede! Da doch kein Friede ist.“

Was liegt dem chinesischen Bürgerkriege zugrunde?

Einen Einblick in die Lage und Ereignisse in China gibt uns ein Aufsatz in der "World" von New York, welcher der Feder Ron S. Anderions, eines gründlichen Chinaforschers, entstammt. Schon seit langer Zeit geht in China ein gewaltiges Ringen vor sich zwischen der Zentralgewalt des Einheitsstaates und den föderalistischen Bestrebungen einzelner Provinzen. Die föderalistischen Machtfaktoren haben unter dem Drucke der Alliierten, gegen den Willen der Zentralregierung, Chinas Eintritt in den Weltkrieg erzwungen; das Kaisertum gestürzt und die Republik errichtet. Sie haben auch die Zentralregierung in Peking der Macht beraubt und sie auf diese Weise gegen fremden Einfluß machtlos gemacht. Wie die Alliierten den Chinesen nach dem Kriege ihren Dank abstatteten, ist noch in aller Kenntnis: diese wurden eher als Besiegte denn als Teilnehmer am Siege behandelt. Daß eine Trennung von Nordchina und Südchina eintrat und beide Teile sich feindlich gegenüberstehen, lag zwar nicht in der Absicht der Föderalisten, war aber die natürliche Entwicklung der Bewegung. Seitdem wurde der Kampf immer heftiger. Unter dem Schlagwort: „China den Chinesen!“ suchen die einen alle Kräfte zu sammeln und den Einfluß des Auslandes auszuschalten, während die Sezessionisten sich in ihrem Kampfe gegen die Einheitsidee auf den Einfluß des Auslandes stützen.

Die acht Provinzen zwischen den zwei großen Strömen, dem Yangtse und dem Gelben Fluß, also von der mongolischen und mandschurischen Grenze im Norden bis nach Südchina, sind in den Händen derer, die nach Wiederherstellung der Einheit Chinas streben. Sie erkennen Tao Kun, der Präsident in Peking ist, als ihr Haupt an. Die Führer dieser Partei, der sog. Chili-Partei, sind Wu Pei Fu von der Provinz Chili und Chi Shien Yuan von der Provinz Kiangsu.

Die Führer der Sezessionisten sind Lu Yung Hsiang von der Provinz Chekiang, unmittelbar südlich von Shanghai, und Chang Tso Lin, der militärische Machthaber der Mandschurei. Mit ihnen liebäugelt Sun Yat Sen von Canton, der Leiter der südchinesischen Sezession, der jedoch bisher noch nicht in den gegenwärtigen Kampf eingegriffen hat. Diese Partei geht unter dem Namen Anhui-Partei.

In diesem Aufsatz gibt Anderson den auswärtigen Mächten den Rat, ihre Hände von dieser inneren Angelegenheit Chinas zu lassen. Doch dürfte dieser Rat keineswegs befolgt werden. Sind doch, wie auch in den schwachen Staaten Mittelamerikas und in Mexiko, seit längerer Zeit auswärtige Faktoren an der Arbeit, die es zuletzt auf eine Zerstückelung

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Beschlüsse der 68. Generalversammlung des Central-Vereins.

Behandelt wichtige Zeitfragen in beachtenswerter Weise.

(Schluß.)

Legislaturkomitees.

Wir empfehlen allen unseren Staatsverbänden die Gründung und Unterhaltung fähiger Legislaturkomitees. Diese sollen sich Abdrucke sämtlicher in den gesetzgebenden Körperschaften eingereichten Vorlagen verschaffen und sie prüfen; sie sollen sowohl im Staate als auch in der Bundesgesetzgebung Vorlagen, die die soziale Lage zu heben versuchen und in Uebereinstimmung mit unseren katholischen Anschauungen sind, befürworten und für ihre Annahme agitieren; sie sollen anderseits sozial schädliche und katholikenfeindliche Vorlagen sowie solche, die späteren schädlichen Gesetzesvorlagen die Wege ebnen würden, bekämpfen.

Vor allem empfehlen wir Wachsamkeit in Bezug auf Gesetzesvorlagen, die sich mit Erziehung und Schule befassen, und fordern unsere Komitees auf, sich mit der Central Stelle zu beraten, ehe sie für oder gegen solche Maßnahmen Stellung nehmen.

Korruption im öffentlichen Leben.

Wir verurteilen auf das nachdrücklichste die Korruption im öffentlichen Leben, deren höchststehende Beamte in Einzelstaaten und in der Bundesregierung sich schuldig gemacht haben und wodurch sie sich gegen die ihnen auferlegte Verantwortung vergangen und in den Herzen vieler Bürger das Vertrauen auf die Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit unserer öffentlichen Beamten erschüttert haben.

Als Staatsbürger wie auch als Katholiken liegt uns die Beobachtung hoher Normen sozialer Verantwortlichkeit in der Verwaltung unserer öffentlichen Angelegenheiten sehr am Herzen. Nichts beweist deutlicher den Mangel dieses wahrhaft sozialen Sinnes als solche Beispiele der Korruption, des Grabschens und der Günstlingswirtschaft, wie sie die unlängst abgehaltenen Untersuchungen durch den Senat aufgedeckt haben.

Genossenschaftliche Banken der Arbeiter.

Wir sind gereizt, die Gründung genossenschaftlich durch die Arbeiter betriebener Banken zu begrüßen, und zwar nicht nur weil solche Unternehmungen, wenn sie im Geiste des Solidarismus geführt werden, in großem Maße unseren Idealen des genossenschaftlichen Betriebes entsprechen, sondern auch weil sie für die Arbeiterschaft ein Mittel zur Selbsthilfe bilden und somit helfen, die Neigung, immer wieder Hilfe vom Staate zu erwarten, abzuschwächen; und ferner, weil solche Unternehmungen dazu dienen mögen, der Arbeiterschaft die mit dem Kapitalbesitz verbundene Verantwortlichkeit klar vor Augen zu führen. Wir erblicken in diesen Banken auch ein Mittel, die Reibungen zwischen „Kapital und Arbeit“ zu mildern.

Die nichtorganisierte Arbeiterschaft.

Ein großer Teil der nichtorganisierten Arbeiter, einschließlich jugendlicher Arbeiter, befindet sich in einer schwierigen Lage. Umstände haben vielfach die Selbsthilfe unmöglich gemacht; in einzelnen Fällen hat die organisierte Arbeiterschaft die Neigung bekundet, sich nicht um die Besserung der Lage der ungelernten Arbeiter zu kümmern; der Staat hat versäumt, geeignete Maßnahmen zum Schutze dieser Gruppen zu ergreifen, und zum Teil hat er sich bei der Gewährung des notwendigen Schutzes durch konstitutionelle Einschränkungen gebunden gesehen.

Wir lenken von neuem die Aufmerksamkeit auf die großherzige Befürwortung, durch den Arbeiterpapst Leo XIII., des Schutzes jener Glieder der arbeitenden Bevölkerung, die nicht vermocht haben, in der Vereinigung mit Ihresgleichen Schutz zu finden. Wir befürworten ernstlich, daß unsere Mitglieder in ihren Versammlungen und Studienzirkeln dieser Frage ihre wohlwollende Aufmerksamkeit schenken.

Der vorgeschlagene Verfassungszusatz zur Abschaffung der Kinderarbeit.

So unwandelbar unsere Gegnerschaft zur Kinderarbeit, die die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes so ungünstig beeinflußt und die auf Kosten der Jugend des Landes der Befriedigung der Habsucht dient, so unwandelbar ist auch unser Widerstand gegen die Mittel, die zur Beseitigung dieses Uebels empfohlen werden.

Wir befürworten nicht den vorgeschlagenen Zusatz zur Bundesverfassung zur Abschaffung der Kinderarbeit, und zwar aus dem Grunde, weil er einen weiteren unberechtigten Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten zur Folge haben würde, weil er eine unnötige Einschränkung der elterlichen Autorität und Verantwortlichkeit durch eine Bureaukratie im Dienst der Bundesregierung, auf Kosten der lokalen Selbstverwaltung, im Gefolge haben würde.

Wir würden es vorziehen, daß die Kinderarbeit abgeschafft würde durch Vermehrung und Verschärfung der Kinderarbeitsgesetze in allen Einzelstaaten, und vor allem auch durch die Annahme und Durchführung des gesetzlich bestimmten zwangsweisen Schulbesuches. Wir sind der Ansicht, daß die National Association of manufacturers und die United States Chamber of Commerce und ähnliche Körperschaften in besonderer Weise verpflichtet sind, energisch für die Durchführung solcher Gesetze in allen Staaten der Union zu wirken.

Minimallohn-Gesetzgebung.

Angesichts der Tatsache, daß die Durchführung von Minimallohngesetzen in und durch die Einzelstaaten anscheinend als verfassungswidrig erklärt worden ist durch die Entscheidung des Bundesobergerichts in dem District of Columbia Falle, wiederholen wir unsere Ueberzeugung, daß die Durchführung von Minimallohngesetzen in Uebereinstimmung mit der Pflicht des Staates steht, seinen schutzlosen Bürgern einen Lohn zu sichern, wie er notwendig ist, um die Beobachtung angemessener Normen der Lebenshaltung zu ermöglichen, wie

(Fortsetzung auf Seite 8.)